

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Rechtswissenschaftliche Studiengänge an Fachhochschulen des Landes Bremen**

Der Wissenschaftsrat hat wiederholt, zuletzt in seinem im Juli 2000 verabschiedeten „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“, gefordert, den Fachhochschulbereich massiv auszubauen, vor allem durch eine Erweiterung ihres bisher begrenzten Fächerspektrums. Dies gilt nach Auffassung des Wissenschaftsrates auch für „Teilbereiche solcher Fächer, die traditionell an den Universitäten angesiedelt, aber weder am heutigen Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert noch nachhaltig mit der Forschung verknüpft sind“. In diesem Zusammenhang nennt der Wissenschaftsrat ausdrücklich auch Teilbereiche der Rechtswissenschaften.

Die Organisation des rechtswissenschaftlichen Studiums steht gegenwärtig insgesamt vor erheblichen Veränderungen. Sie zielen unter anderem auf Differenzierungen, die sich auch an der tatsächlichen späteren Tätigkeit der Absolventen orientieren. Dabei muss auch die Einrichtung bestimmter rechtswissenschaftlicher Studiengänge an Fachhochschulen ernsthaft geprüft werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) zum 31. Januar 2001 einen Bericht vorzulegen über:

- die derzeit an den Fachhochschulen in Deutschland betriebenen oder geplanten rechtswissenschaftlichen Studiengänge, ihre Schwerpunkte und Entwicklungsperspektiven;
- die Aufnahme der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt;
- mögliche und sinnvolle rechtswissenschaftlichen Studiengänge an den Fachhochschulen des Landes Bremen (Bachelor, Master, Diplom).

Dr. Kuhn, Dr. Güldner,  
Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen